



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

denkmal der Annette von Droste-Hülshoff steht, bis über Hagenau hinaus ist der ganze sanfte Abhang ein einziger Weingarten; das lichte Mattgrün der Reben bedeckt einfürmig dieses Gestade, so wie in Flachländern Wiesen oder Rübenfelder weite Flächen einnehmen. Steigt man auf engen Wegen die heißen Wände hinauf, wo der edelste Seewein, der Merzburger, ausgebrütet wird, so sieht man auf der Hochebene Hopfengärten, Obstbäume, Kleefelder, aber meilenweit kein Getreide. Dahinter steht in der Ferne wieder der dunkle Rand des Waldes.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Kolonialleitung im Auswärtigen Amt. Die Ernennung des bisherigen Direktors der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes zum Unterstaatssekretär und Vorsteher der ersten (politischen, d. h. diplomatischen) Abteilung dieses Amtes beweist, daß die Ausgestaltung der Kolonialverwaltung zu einem selbständigen obersten Reichsamt für absehbare Zeit nicht vorgesehen ist, da sonst Freiherr von Richthofen lieber Staatssekretär eines unabhängigen Kolonialamts geworden wäre, als Inhaber des am meisten überlasteten Postens des Auswärtigen Amtes, der zugleich wenig Initiative erlaubt, weil der thatsächliche Chef der ersten Abteilung der Staatssekretär selbst ist. Es darf wohl zunächst als Aufmerksamkeit gegen den Herzog-Regenten von Mecklenburg, den rührigen Präsidenten der Kolonialgesellschaft, und sodann gegen den regierungsfreundlichen Teil der Konservativen betrachtet werden, daß nach langem Suchen der mecklenburgische Konservative, Herr von Buchka, zum Direktor der Kolonialabteilung ernannt worden ist.

Der etwas häufige Wechsel läßt einen Rückblick auf die bisherigen leitenden Persönlichkeiten angebracht erscheinen, zumal da nun ein gänzlicher Neuling im auswärtigen Dienste die Kolonialabteilung übernimmt. Die offiziellen Empfehlungen des Herrn von Buchka auf Grund seiner Mitgliedschaft der Kolonialgesellschaft klingen wunderbar. Die juristische Thätigkeit ist auch keine glückliche Vorbereitung, da es sich hier um eine praktische Verwaltung handelt. Die Kolonialabteilung ist bei dem Beginn der Einrichtung der Schutzgebiete nur ein Referat der ersten Abteilung des Auswärtigen Amtes gewesen, um das sich der große Kanzler anfänglich selbst kümmerte, sodaß der Referent, Geheimer Legationsrat Dr. Krauel, nur Bismarcks Willen auszuführen hatte. Damals wurde die Kolonialpolitik noch nicht hoch bewertet, sonst hätte gerade Herr Krauel Referent werden können. Er hieß im Amt bloß der Mann mit dem leichten Herzen, da er als Generalkonsul in Sydney die deutschen Ansprüche auf den Fidjisch- und Tongainseln gegenüber den englischen Unmaßungen schlecht gewahrt und allzu wohlfeil preisgegeben hatte. Der Sansibarvertrag war bei solcher Auffassung unschwer vorauszusehen. Während bei der Aufnahme der Kolonialpolitik Bismarck selbst mit genialem Blick eingriff und höchst eigenhändig die Weisungen gab, blieb die spätere Ausführung mehr dem damaligen Staatssekretär, Herbert Bismarck, und dem genannten Sachreferenten überlassen. Beide ließen sich von England völlig übertölpeln, als Dr. Krauel in London auf

Grund englischer Admiralitätskarten den berüchtigten Sanfibarvertrag abschloß, der Bismarcks Werk arg beschneit. Helgoland hätten wir schließlich umsonst bekommen, jedenfalls hätte das diplomatische Geschick der amtlich Beteiligten auch bei der Erwerbung von Helgoland das Ansehen und den Vorteil des Reiches wahren müssen. Wenn es auch feststeht, daß Herbert Bismarck an erster Stelle für den Sanfibarvertrag verantwortlich zu machen ist, so ist doch anzunehmen, daß der Vater schließlich eine andre Entscheidung getroffen hätte. Caprivi trifft hier nicht der Vorwurf des Mangels an nationalem Verständnis, da er bloß noch seinen Namen unter den Vertrag zu setzen hatte, ohne noch einwirken zu können. Die Wirkung im Auswärtigen Amt selbst war auch derartig, daß Dr. Krauel einfach weggelobt wurde und als ausländischer Gesandter die Zentralstelle verlassen mußte. Es wäre aber unbillig, wenn man nicht anerkennen wollte, daß er sich als deutscher Vertreter in Brasilien der nationalen Interessen besonders im Süden des Landes, dem alten deutschen Siedlungsgebiete, mit nachdrücklichem Eifer angenommen hat; diese nationale Richtung unsrer dortigen Politik entsprang allerdings unmittelbaren Weisungen von Berlin aus, da jetzt erfreulicherweise in der Wilhelmstraße ein nationaler Wind weht, und auch die jüngern Diplomaten nicht mehr im internationalen, gesellschaftlichen Verkehr das nationale Gefühl verlieren, was man leider von der ältern Schule nicht sagen kann, obwohl sie doch Bismarcks Beispiel hätte befehren sollen.

Der Jurist Kayser übernahm nach Krauels Ausscheiden das Referat, das nummehr zu einer selbständigen Abteilung erhoben wurde. Dank Caprivis und Marschalls erklärlicher Unkenntnis der Verhältnisse ihres Ressorts gelang es auch dem neuen Dirigenten, die Kolonialabteilung thatsächlich unabhängiger zu machen als die andern Abteilungen, was den Kolonialinteressen nur förderlich war. Allerdings haßte Kayser trotz seines praktischen Verstandes noch juristischer Formalismus an, aber der Systemwechsel fällt ihm nicht zur Last. Das Soldatenspielen mußte in den Schutzgebieten aufhören, und Herr von Soden war in Kamerun keineswegs ein Bürokrat, sondern ein gewandter Geschäftsmann gewesen, dem das Schutzgebiet seinen Aufschwung verdankt. Die zweite Regierung Wismanns in Ostafrika hat gezeigt, daß er kein stetiger Arbeiter ist. Das Leben des Expeditionsführers taugt nicht für die stille, rastlose Thätigkeit des Verwalters einer Kolonie, dem doch nur beschränkte Geldmittel zur Verfügung stehen. Deshalb war auch Wismanns Kandidatur für die Leitung der Kolonialabteilung niemals ernstlich in den maßgebenden Kreisen erwogen worden. Auch der Kolonialrat hielt ihn nicht dafür geeignet. Daß Soden in Ostafrika eine unglückliche Hand hatte, konnte Kayser nicht voraussehen. Er hat sich gegen den teuern und zwecklosen Militarismus unsrer Kolonien weiblich gewehrt. Die persönliche Tüchtigkeit des Gouverneurs Liebert und des Landeshauptmanns Leutwein kann an dem verfehlten System nichts ändern. Der Assessor und der Leutnant müssen sich erst sehr mausern, ehe sie dort unten nützen sollen. Beide geben sich im übrigen persönlich redliche Mühe. Kayser hatte darunter zu leiden, daß unter dem Kolonialfeind Caprivi die Kolonialpolitik das Stiefkind des Auswärtigen Amtes war. Der Zustand in Südwestafrika war geradezu schmachlich, ohne daß die Kolonialabteilung oder der dortige Reichskommissar das geringste von dem unverständigen Starrsinne des zweiten Kanzlers erreichen konnten. Da sich das deutsche Kapital nicht ganz mit Unrecht einer so schlechten Kolonialpolitik verweigerte, die sogar den etwaigen Verkauf von Südwestafrika an England erwägen konnte, so blieb Kayser nichts andres übrig, als andre Finanzkräfte anzuregen. Daß es leider englisches Kapital in dem gerade von Albion bedrohten Südwestafrika war, mußte den Born der nationalen Kolonialfreunde erregen, die aber doch

nicht patriotisch und kapitalkräftig genug waren, in die eigne Tasche zu greifen, statt die ohne Frage schuldlöse Kolonialabteilung anzugreifen. Die sachliche Gegnerschaft verwandelte sich bald in persönliche Feindschaft, die der amtlichen Kolonialpolitik schaden mußte, sodaß Kayfers Austritt unvermeidlich war, obschon er in schwerer Zeit seine Stellung völlig ausgefüllt hatte.

Herr von Nichteusen trat den Posten unter ganz andern Ausichten an. In Ägypten hatte er die erfolgreiche Rücksichtslosigkeit der Engländer in nächster Nähe kennen gelernt. Er wußte also, mit welchen Waffen der koloniale Erbfeind am sichersten zu bekämpfen ist. Er machte auch dem Schreiber dieser Zeilen keinen Hehl aus seiner Bewunderung dieses thatkräftigen englischen Eigennuzes, der dem Inselreich den Weltball handelspolitisch erobert hat. Das englische Muster kann uns nur heilsam sein. Die deutsche Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit schützt uns vor bösem Mißbrauch nach englischem Beispiel, und der Haß unsrer lieben Nachbarn ringsum auf dem Festlande wird uns auch sonst in den Schranken halten. Herr von Nichteusen ist in den vorgezeichneten Geleisen ruhig weiter gefahren, ohne daß auch ihm eine stärkere Kapitalerschließung geglückt wäre, wo Kayser trotz der übeln Erfahrung doch wohl sinderischer gewesen ist, zumal da er auch bessere Finanzbeziehungen hatte. Die Arbeitsfreudigkeit des heimischen Kapitals für die Kolonien läßt noch sehr zu wünschen übrig. Am opferwilligsten und unternehmungslustigsten haben sich noch unsre großen Herren vom Lande, die verschrienen ostelbischen Junker gezeigt, die zusammen mit reichen Mitgliedern der regierenden Häuser beträchtliche Summen in den Schutzgebieten angelegt haben. Ostafrika ist dank der Fürsorge der Regierung bisher noch bevorzugt.

Man hat in Kolonialkreisen häufig und stürmisch die Trennung der Verwaltung der Schutzgebiete vom Auswärtigen Amt gefordert, und zwar mit Unrecht. Die eigentlichen Kolonialgeschäfte nehmen nur den kleinern Teil der allgemeinen Kolonialthätigkeit der Reichsregierung in Anspruch, die sich nicht auf die verhältnismäßig kleinen und noch unbedeutenden Schutzgebiete beschränkt. Das Deutschtum in überseeischen Ländern, in Südamerika und Südafrika, auch in der Union, sowie in Europa außerhalb der Reichsgrenzen ist unendlich viel wichtiger für die Weltmacht des größern Deutschlands, als unsre noch unentwickelten Kolonien, die doch nur schlechte Brocken vom Tische anderer Kolonialmächte gewesen sind. In der politischen Abtheilung des Auswärtigen Amtes liegt daher noch heute der Schwerpunkt einer Kolonialpolitik im weitern Sinne. Diese aber der Kolonialverwaltung unterzuordnen, ist ein Unding, da die Auslandspolitik immer mehr von ihr bestimmt wird. Ja sogar die Schutzgebiete verlangen schon in einem äußern Punkte die stete Fühlung mit der auswärtigen Leitung, da die Grenzabmachungen im dunkeln Erdteil noch lange nicht zum Abschluß gelangt sind. Freilich ist hierbei der Kolonialverwaltung vielleicht ein größerer Einfluß einzuräumen. Aber beim jüngsten Togoabkommen waren der dortige Landeshauptmann und Herr Bohnen ausdrücklich zugezogen und das Ergebnis trotzdem ziemlich unbefriedigend. Gegenüber dem fremden Ausbreitungsdrange ist daher eigne Selbstgenügsamkeit kaum mehr am Platze. In Togo und Kamerun werden wir immer mehr vom Hinterlande abgeschlossen. Der Nigerbogen wie der Tschadsee sind uns entrückt, obwohl alle Grundlagen zum Gelingen von Bismarck geschaffen worden waren. Auch unsre Forscher haben trotz beschränkter Mittel ihr Bestes mit zäher Ausdauer gethan. Hier hat fraglos die Thatkraft der Kolonialverwaltung versagt. Die Unabhängigkeit vom Auswärtigen Amt würde die schon jetzt gelockerte Fühlung zum Schaden der Schutzgebiete noch mehr mindern und das Kolonialinteresse des Auswärtigen Amtes

vollends lähmen, zumal da es schon gegenwärtig nicht allzu lebhaft ist und häufig als Störung des guten Einvernehmens mit den andern Kolonialmächten empfunden wird. Seitdem wieder ein geschulter Diplomat an der Spitze des Auswärtigen Amtes steht, zeigt sich auch wieder ein größeres Vertrauen zu der Leitung unsrer auswärtigen Angelegenheiten, man kann auch einen günstigen Einfluß auf die Erschließung und äußere Abgrenzung unsrer Schutzgebiete erhoffen. Die Engländerfurcht, die auch Bismarck noch nicht ganz überwunden hatte, obgleich er die Hohlheit der englischen Großsprechereien durch die Art der Einführung der Kolonialpolitik in den Rahmen der allgemeinen Politik wirksam aufgedeckt hat, dürfte nunmehr beseitigt sein. Bezeichnend und durchaus gerechtfertigt ist auch der Umstand, daß Kiautschou nicht der Kolonialverwaltung, sondern dem Reichsmarineamt unterstellt worden ist, obgleich fraglos ein Landerwerb vorliegt, und eine deutsche Handelskolonie in Aussicht steht. Das Reichsmarineamt kann sich staatsrechtlich nur um die Flottenstation kümmern. Die Zivilverwaltung soll aber nur ein kleines Anhängsel bleiben und ist bisher bloß durch einen Amtsrichter markirt, der wohl auch kaum überlastet werden dürfte.

Der neue Kolonialdirektor von Buchka ist der letzte aus der Reihe der in Vorschlag gebrachten Beamten. Es ist bekannt, daß mehrere Beamte des auswärtigen Dienstes die Berufung abgelehnt haben. In der Kolonialabteilung selbst ist wohl keine Umschau gehalten worden, da die beiden ältesten Räte noch zu jung für diese Stellung sind, auch der einzige seit Errichtung der Abteilung dort beschäftigte Referent, Herr von König, noch 1891 Assessor war. Auch der Generalkonsul in Kapstadt, Herr von Schuckmann, der bis dahin zu den ersten Hilfsarbeitern der Abteilung gehört hat, muß wohl unter seiner Jugend leiden, wie auch der Gesandte in Mexiko, Herr von Kettler, der als einziger Diplomat dem Ressort zugeteilt war. Die drei Herren wären wohl sonst die geeigneten Sachkenner gewesen. Herr von Schwarzkoppen ist leider kein Redner, und Herr von Nordensflycht will seine jetzige Bankthätigkeit nicht gegen den undankbaren Staatsdienst aufgeben, obschon beide ehemaligen Räte der Kolonialabteilung ihrem Alter und ihrer hervorragenden Befähigung nach das meiste Anrecht auf die leitende Stelle hatten. Der Oberlandesgerichtsrat von Buchka wird sich zunächst einarbeiten müssen, was seine Vorgänger nicht brauchten, und den Juristen in einen Verwaltungsbeamten verwandeln, was bei seinem Alter und der Dauer seiner richterlichen Thätigkeit keineswegs so leicht ist. Als einzigen Befähigungsnachweis bringt er das Kolonialinteresse eines verständigen Parlamentariers mit, das freilich auch andre Politiker für sich in Anspruch nehmen können. Herr von Buchka hat den Vorteil, daß keine dringenden Neuerungen erforderlich sind, aber die wirtschaftliche Erschließung der Kolonien liegt noch sehr im Argen und bedarf der ernstesten Erwägung und wirksamer Maßnahmen.

K. v. Str.

Grenzböten und Kathedersozialisten. Die Zeitung „Das Volk“ hat kürzlich in einem Leitartikel: „Grenzböten und Kathedersozialisten“ ihren Lesern die sozialpolitische Tendenz der Grenzböten so dargestellt, als ob sie die sozialen Reformen überhaupt bekämpften und der „unbedingte Gehorsam“ der Arbeiter ihre einzige sozialpolitische Forderung wäre. Natürlich ist das wider besseres Wissen geschehen, und wir brauchten auf diesen Unsinn nicht zu antworten, wohl aber veranlaßt es uns, auf die Gründe kurz zurück zu kommen, die uns den Kampf gegen die Einseitigkeiten und Übertreibungen der Kathedersozialisten und, soweit sie mit ihnen den gleichen Weg gehen, der Christlich-Sozialen, National-Sozialen usw.

heute zur Pflicht machen. Unser Kampf richtet sich nur gegen Einseitigkeiten und Übertreibungen.

Als in den siebziger Jahren die manchesterliche Richtung, nachdem sie schon Jahrzehnte vorher von der deutschen nationalökonomischen Wissenschaft als falsch und unhaltbar erkannt worden war, auch in der Praxis in die Brüche ging, kamen, wie es kaum anders sein konnte, die Schüler der alten maßvollen nichtmanchesterlichen Nationalökonomien oben auf. Der Kampf gegen die Einseitigkeit und Übertreibung des „individualistischen“ Prinzips war für sie aber keine wissenschaftliche Heldenthat mehr, und der Sieg fiel ihnen ziemlich mühelos in den Schoß. Auch die Rehabilitierung des „sozialistischen“ Prinzips in der praktischen Politik ist nicht das sauer errungne Verdienst der „Kathedersozialisten,“ so populär diese falsche Geschichtsauffassung auch im Laufe der letzten fünfundzwanzig Jahre gemacht worden ist. Die Geschichte des Vereins für Sozialpolitik war in der Hauptsache nicht ein Kampf sondern ein Triumphzug mit reichlich Weihrauch und Vorbeerkränzen, und man konnte, schon als er begann, ahnen, daß er zu derselben Übertreibung und Einseitigkeit des Sozialismus führen werde, zu der vorher der Individualismus getrieben worden war. Wer den Streit zwischen Treitschke und Schmoller, auch den zwischen Adolf Held und Adolph Wagner in den siebziger Jahren unbefangen betrachtete, konnte dem Kathedersozialismus das Ende voraus-sagen, bei dem er heute angelangt ist. Aus dem Kampfe für die Gleichberechtigung des sozialistischen und des individualistischen Prinzips, den die deutschen Nationalökonomien um die Mitte des Jahrhunderts aufgenommen und siegreich durchgeführt hatten, haben die Epigonen den Kampf für den Sozialismus schlechtin gemacht. Für den „wissenschaftlichen Sozialismus“ freilich, wie sie sagten; aber eben dadurch sind wieder die Schüler dieser Epigonen zu dem geworden, was sie sind, zu vielfach leichtfertigen und gedankenlosen Aposteln der „wissenschaftlichen Sozialdemokratie,“ zum eigentlichen Generalstab der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Partei. Schon im Jahre 1878 warnte Adolf Held vor dem „wissenschaftlichen Sozialismus,“ wie ihn die Kathedersozialisten zu predigen begannen, mit den leider völlig in den Wind geschlagenen Worten: „Sozialismus ist gar keine Richtung und Partei, kann also gar kein wissenschaftliches System für sich haben, sondern Sozialismus kurzweg ist nur ein Prinzip, das in den verschiedensten wissenschaftlichen Richtungen beachtet werden muß. Man kann praktisch unter »wissenschaftlichem Sozialismus« nur ein das Prinzip des Sozialismus einseitig und radikal ausbeutendes System, d. h. die wissenschaftliche Sozialdemokratie verstehen, oder ein künstliches destilliert aus den Schriften von Hobbertus, Marx und andern.“ Wissenschaftlich ist heute der Kathedersozialismus auf der Höhe der Sozialdemokratie angelangt. Da sind grundsätzliche Unterschiede kaum noch vorhanden. Selbst die neuesten Wandlungen in der Formulierung mancher Dogmen sind beiden gemeinsam.

Was die praktische Wirksamkeit des Kathedersozialismus betrifft, so war diese, wie Held auch schon zu Anfang des Triumphzugs der Epigonen richtig, und zwar damals keineswegs tadelnd, ausgesprochen hat, von Anfang an „agitatorisch gefärbt,“ und es mußte ganz natürlich im Laufe der Jahre auch diese Färbung immer schärfer hervortreten. Die Bundesgenossenschaft, die der Kathedersozialismus bei dem letzten Ausstände der Hamburger Hafenarbeiter den sozialdemokratischen Agitatoren geleistet, ja fast aufgedrängt hat, ist für diese Entwicklung bezeichnend.

Nun ist es ja ganz natürlich, daß sich der Kathedersozialismus mit großem Stolz auf die Arbeiterschutzgesetzgebung als den Erfolg seiner „Kämpfe“ beuft. Aber das thun die Sozialdemokraten auch, und als dritter im Bunde darf doch

vor allem der Freiherr von Stumm nicht vergessen werden, der einer der ältesten und erfolgreichsten Vorkämpfer der Arbeiterschutzgesetzgebung gewesen ist. Bei einem Prozeß um die Vaterschaft zwischen den drei Anwärtern würde nicht viel herauskommen. Wir unfererseits hätten gar kein Interesse an ihm, haben aber ein sehr großes daran, daß das große Werk des deutschen Arbeiterschutzes thatsächlich bisher wenig oder nichts beigetragen hat zur Versöhnung der Interessen, zur Überbrückung des Gegensatzes zwischen Unternehmer und Arbeiter, und daß es in keiner Weise die Anhänglichkeit der Arbeiter an Vaterland, Staat und Reich zu fördern vermocht hat, was Herr von Schulze-Gävernitz erst kürzlich erklärt und entschuldigt hat. Nicht die Arbeiterschutzgesetzgebung halten wir für überflüssig oder für an sich unwirksam. Wir haben sie immer befürwortet und befürworten noch immer ihre Verbollkommung. Sondern wir beklagen es, daß neben der sozialdemokratischen Agitation und vielfach im Zusammenhange mit ihr der Staatssozialismus in seiner wissenschaftlichen Übertreibung und Ruhelosigkeit und mit seiner agitatorischen Färbung so viel beigetragen hat, die Arbeiterschutzgesetzgebung ihrer versöhnenden Wirkung zu berauben. Der Kathedersozialist richtet durch den „wissenschaftlichen Sozialismus“ in den Köpfen der Gebildeten schon Verwirrung genug an, aber wenn er als Agitator seine Weisheit in die ungebildeten Massen hinausträgt oder tragen läßt, wie er das in gewissem Grade, seiner Farbe entsprechend, grundsätzlich thun muß und will, so wird er geradezu gemeingefährlich, mag er als Privatmann ein gutes Herz und nationale Gesinnung oder als Gelehrter seine Verdienste haben. Der Staatssozialismus ist zu einem das Prinzip des Sozialismus einseitig und mehr oder weniger radikal ausbeutenden System geworden, das bei seiner grundsätzlichen agitatorischen Tendenz unsre gesellschaftliche Entwicklung gefährdet, und dem schon viel früher seine alleinherrschende Stellung auf den staatlich autorisirten Kathedern hätte genommen werden sollen.

Das wäre wohl auch geschehen, wenn nicht — man kann wohl sagen — der Zufall es so gefügt hätte, daß eine scheinbar sehr konservative und der Sozialdemokratie direkt entgegengesetzte Strömung, nämlich das extreme Schutzöllner- und Agrariertum, den Kathedersozialismus eine Zeit lang zu Vorspanndiensten benutzte hätte. Das „wissenschaftliche Agrariertum“ wie die wissenschaftliche Schutzöllnerei ist nichts weiter als ein Kapitel des Kathedersozialismus. Auch hier haben die Meister der jetzt herrschenden Schule in einseitiger Zuspizung des sozialistischen Prinzips zu einem „System“ der nationalen Wirtschaft und der allmächtigen Staatsprotektion den agitatorischen Radikalismus der in ihren Renten zeitweise oder dauernd stark beschneideten Grundherren und Eisenbarone wissenschaftlich gezüchtet und legitimirt. Wenn die Agrarier und ihre großindustriellen Schleppenträger jetzt ihren Kathedersozialistischen Generalstäblern den Laufpaß gegeben und die Herren Bueck und Hahn dafür in Dienst gestellt haben, so ist das für die Männer der Wissenschaft eine wohlverdiente Strafe. Leider können wir andern Sterblichen uns der darin liegenden Komik nicht freuen, denn die Schädigung, die dem gemeinen Besten aus der agrarischen Verwirrung der Geister erwächst, ist zu traurig. Auch hier werden Ruhe und eine wirklich konservative Gesinnung erst wieder zur Herrschaft gelangen, wenn die Kathedersozialistischen Einseitigkeiten und Übertreibungen hinausgesetzt sein werden.

Wir haben dem Kathedersozialismus auch zum Vorwurf gemacht, daß er das Erstarken des sozialen Pflichtgefühls, d. h. der christlichen Nächstenliebe als kategorischen Imperativ gehindert, ja verhindert habe. Das konnte auch gar nicht anders sein. Predigte man den Leuten „systematisch“ fünfundzwanzig Jahre lang,

daß das Elend in unserm Gesellschaftsleben von Verhältnissen herrühre, die nicht vom einzelnen Menschen abhängen und deshalb nur durch eine „ethische“ Sozialpolitik geändert werden könnten, die die Sache des Staats und der ihm untergeordneten Körperschaften sei, so konnte es gar nichts helfen, daß ab und zu, ganz unsystematisch, bei einzelnen Gelegenheiten auch einmal den Arbeitern „Nüchternheit, Sparsamkeit, Fleiß“ anempfohlen und der „Mangel an Gottseligkeit, an sittlicher Kraft, christlicher Demut, brüderlicher Liebe“ beklagt wurde. Das System macht die Schule, und wir müssen immer wieder betonen, daß uns an den systematisch erzogenen Schülern der Kathedersozialisten nichts Charakteristischer und widerwärtiger erscheint, als das überlegene Lächeln über die Illusion, daß es besser werden könnte, wenn jeder für sich seine Pflicht ernster nehmen würde. Das Dogma, die Menschen seien so, wie die Verhältnisse sie machten, ist den Kathedersozialistischen Schülern mit aller wissenschaftlichen Konsequenz beigebracht worden, und wenn die Kathedersozialistischen Lehrer das nicht wissentlich besorgt haben, so wird damit nur bewiesen, woran wir nie gezweifelt haben, daß sie zu Lehrern der Jugend und des unmündigen Volks so viel taugen, wie der Vock zum Gärtner.

Natürlich muß sich uns das Bedauern über diese Wirkung des Kathedersozialismus besonders aufdrängen, wenn wir den Evangelisch-sozialen Kongreß als sein Organ anzusehen haben. Die soziale Aufgabe der Kirche und der Religion liegt gerade heute wieder einmal in der Stärkung des individualistischen Prinzips gegen die Einseitigkeiten des Sozialismus. Gerade die christliche Kirche, und vollends die evangelische, darf sich die Frage, was voranzugehen habe: die sittliche Wiedergeburt oder die staatliche Sozialreform, gar nicht stellen, ohne gegen den Geist des Evangeliums zu verstoßen. Für sie hat die sittliche Wiedergeburt immer und überall voranzustehen. Das ist das ihr zugewiesene Feld, und das soll sie beackern, wie der Kaiser vor zwei Jahren den „politischen Pastoren“ geraten hat.

Es wird noch gute Weile haben, bis den Kathedersozialistischen Irrtümern auch unter den Christlich-Sozialen die Herrschaft entzogen ist. Scheint doch sogar der evangelische Liberalismus protestantenervereinlicher Farbe dem Zeitgeist Rechnung zu tragen und sich mehr und mehr mit den Raumannschen Extravaganzen zu versöhnen. Der politische Parteisinn mag ihn wohl auch darin wieder aufs Glatteis führen. Aber uns hält das nicht ab, gegen Übertreibungen und Einseitigkeiten zu kämpfen, gegen individualistische wie gegen sozialistische. Der Kampf gegen zwei Fronten ist freilich wenig angenehm, aber wer heute zu Kaiser und Reich, zu Recht und Wahrheit steht, wer noch im rechten Sinne konservativ ist, der kann ihn nicht vermeiden.

ß

Kiautschou. Da Sie in Ihrer geschätzten Zeitschrift auch alteram partem zum Worte zuzulassen pflegen, so erlauben Sie mir vielleicht zu dem in Nr. 16 vom 21. April erschienenen Aufsatz Kiau? einige Bemerkungen zu machen, die um so angebrachter sein dürften, als ähnliche Ergüsse auch in vielen andern Blättern, so z. B. in der Täglichen Rundschau, ja neulich sogar in gereimter Form in der Jugend erschienen sind, wo sie, nachdem zunächst der Befürchtung Ausdruck gegeben ist, die deutschen Kaiser möchten in künftigen Nächten Kiaou schreiben, wenn die Studenten Radou machten, zum Schluß mit dem pathetischen Ruf ausklingen: „Schreibt und spricht deutsch Kiautschau!“

Was nun solche Benennungen anlangt wie „Deutsch-südwestafrikanisches Schutzgebiet“ oder solche Schreibweisen, wie das von der Täglichen Rundschau gerügte Kilimanjaro, zu sprechen Kilimandscharo, so ist allerdings über diese Schreiber-

erzeugnisse kein Wort zu verlieren. Was aus der Schreiberzunft kommt an Sprach- und Schriftbereicherungen, ist ja in der Regel abgeschmackter als saures Bier, und wenn ich zu befehlen hätte, so müßte jeder, der auf einer Behörde schreiben will, zunächst ein examen rigorosum durchmachen, daß er den Wustmann in- und auswendig kann. Aber ist denn Kiautschou eine Erfindung der Schreibstube? Keineswegs! Sondern lange, ehe irgend jemand daran dachte, daß einst die deutsche Fahne über dieser guten Stadt des Mittelreiches wehen würde, hatte unser gründlichster Kenner Chinas, Freiherr von Richthofen, die Schreibart tschau vorgeschlagen und wissenschaftlich begründet, und schon vor vielen Jahren hat sie der Andréische Handatlas angenommen, von dem man wohl ohne Übertreibung sagen kann, daß er in aller Händen sei. Die Schreiberzunft also, die uns anfänglich aus Eignem das Ungeheuer Kiautschou beschert hatte, verdient diesmal volles Lob, daß sie sich noch rechtzeitig belehrt und zu dem gewandt hat, was von Wissenschaft und Praxis festgestellt war. Aber den Deutschen ist nun einmal nichts recht zu machen. So schlägt denn E. v. d. Br. vor, sich mit Kiau zu begnügen und dadurch sechs Buchstaben zu ersparen, weil doch tschau im Chinesischen weiter nichts als Stadt bedeute. Ausgezeichnet! Zwar der Einzelne kommt nicht oft in den Fall, Kiautschou zu schreiben, und die Ersparnis wäre nicht groß, wenn der Vorschlag darauf beschränkt bliebe. Aber wie, wenn man ihn weiter ausdehnte? Welch ein Ausblick auf Ersparnisse eröffnete sich dann erst! Wir werden also in Zukunft nur noch Bel, Star, Now und Buschte sagen und schreiben; denn die Anhängsel grad, gard, gorod und hrad bedeuten ja im Slavischen auch weiter nichts als Stadt. Wer hätte sich nicht schon über die prozigen Fünffilber Adrianopel und Konstantinopel geärgert? Weg also mit dem pel und von jetzt ab nur noch Adriano und Konstantino; damit gewinnen wir zugleich Philippo, Sebasto und Rea. Die Siege von 1870 sind natürlich bei Dion, Rezon und Noisse erfochten worden. Ob freilich unsre zahlreichen Neu- und andre Städter damit einverstanden wären, wenn man ihre Geburtsstätten zu Neu, Arn, Lipp, Duder u. s. w. amputirte, lasse ich dahingestellt sein; hoffen wir, daß sie sich dem Gemeinwohl fügen werden.

Allein Herr v. d. Br. scheint selbst nicht unbedingt darauf zu vertrauen, daß sein Vorschlag durchginge. So überlegt er denn, wie er das unselige tschau aussprechen soll, und, ungefähr wie Faust nach langem Sinnen endlich getrost schreibt: Im Anfang war die That, so spricht auch er getrost: tcho—u. Ich bin weit entfernt, zu leugnen, daß wir Deutschen ein ou als Diphthongen nicht haben, ja daß sogar die Buchstabenfolge o und u im Deutschen fast nie vorkommt, aber ist deshalb schon jemals irgend einer im Zweifel gewesen, wie er den Namen des Herrn Soundso auszusprechen hätte? Oder hat schon jemand nach langem Sinnen, ob er vielleicht lieber Saundso oder Sundso sagen sollte, endlich getrost So—undso gesagt? Wie um des Himmels willen soll man also, wohlgemerkt im Deutschen, tschau anders aussprechen als eben tcho—u? Und weshalb soll ou nicht eine Nachschreibung des Chinesischen sein können, wohlverstanden des chinesischen Lautes, gerade so, wie die Engländer diesen Laut au oder ow nachschreiben, weil sie diese Buchstaben in ihrer Sprache gleichfalls o—u aussprechen? Wenn also die Jugend patriotisch ausruft: Sprecht und schreibt deutsch Kiautschou! so ist darauf zu erwidern: ou ist der Sprache nach freilich chinesisch, der Schrift nach aber deutsch; au dagegen ist geschrieben englisch und gesprochen — Unsinn. Aber wir Deutschen sind wunderliche Leute, uns fällt alles eher ein, als das Einfache und Natürliche, und wenn wir uns endlich einmal er-

mannt haben zu einer deutschen, für uns allein vernünftigen Schreibart, so zerbrechen wir uns wieder den Kopf, ob wir es nicht doch am Ende englisch oder französisch aussprechen müßten. Anstatt also über Kiautschou zu nörgeln, sollten wir lieber solche Ungethume wie Chefoo (sprich Tschifu) und Weichaiwei (sprich Weichaiwe) aus unsern Zeitungen verbannen und durch die allein vernünftigen phonetischen Schreibweisen ersetzen.

Zum Schluß noch ein paar Worte über die Betonung. Wie aus dem Verstande der Jugend hervorgeht und man außerdem täglich hören kann, halten es manche für „deutsch,“ den Ton auf die letzte Silbe zu legen, vermutlich, weil sie sehr wohl fühlen, daß die Chinesen die erste Silbe betonen werden. Darum ist aber das Gegentheil noch lange nicht deutsch. Die Chinesen weichen zwar in vielen Dingen von uns ab; darin aber machen sie es genau wie wir, daß sie in zusammengesetzten Hauptwörtern auch nicht den allgemeinen Begriff, sondern das unterscheidende Merkmal betonen. Es heißt daher Kiautschou gerade so gut, wie es Pippstadt, Stargard, Trouville, Yorktown heißt. Auch hierbei handelt es sich nicht darum, daß wir das Chinesische ängstlich richtig aussprechen, sondern daß wir nicht aus uneigennütziger Zuneigung zum Verkehrten und Weithergeholten gegen ein Gesetz verstoßen, worin alle Sprachen übereinstimmen, weil die allen Menschen gemeinsame Vernunft dieses Gesetz gegeben hat. v. G.



Litteratur

Schulbureaukratismus. In den Zeitungen bekam man voriges Jahr ab und zu etwas über die Maßregelung eines bayrischen Lehrers zu lesen, was man gleichgültig überflog. Jetzt sehen wir aus einer Broschüre, daß der Fall höchst merkwürdig und nicht unwichtig ist. Ihr Titel lautet: Die Rechtsunsicherheit der Volksschullehrer und der Schulbureaukratismus, beleuchtet durch den Fall Zillig in Würzburg. Von F. A. Schröder. (Leipzig, Alfred Hahn, 1898.) Der Volksschullehrer Zillig gehört zu den Männern, denen ihre hohe pädagogische Begabung zur pädagogischen Leidenschaft wird. Er hat, um sich vollkommen auf sein Amt vorzubereiten, nach einigen Jahren praktischer Thätigkeit noch die Universität Leipzig besucht und sich einer Prüfung bei den Professoren Ziller, Wundt und von Noorden unterworfen, die ihm die glänzendsten Zeugnisse ausstellten. Nachdem er noch zwei Jahre an andern Orten gewirkt hatte, kam er 1881 als Lehrer einer Knabenklasse nach Würzburg und gab sich hier seinem Beruf mit Feuereifer hin. Sein unmittelbarer Vorgesetzter, der Domherr Diem, bezeichnete anfangs Zilligs Methode als ungewöhnlich und allzu wissenschaftlich, gewann aber allmählich Verständnis dafür und rühmte in den Protokollen von 1891 und 1892 die geistige Förderung der Schüler; Zillig sei kein Freund des Drillens, leite die Schüler zum selbständigen Denken an und zeichne sich durch innige Religiosität aus; zwischen ihm und den Schülern, die mit Liebe an ihm hingen, bestehe das schönste Verhältnis. In demselben Jahre 1892 wurde die Aufsicht durch Fachmänner in Würzburg eingeführt. Der Schulrat Klemmert — er ist vor einiger Zeit gestorben — trat sein Amt mit der Erklärung an, er werde im Würzburger Schulkörper Einheit der Lehrmittel und Einheit der Methode herstellen. Damit war die